

DGB Bezirk Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Frau Vorsitzende Barbara Ostmeier, MdL

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3451

per Email an
innenausschuss@landtag.ltsh.de

Stellungnahme des DGB zum Antrag „Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenwirken“ der CDU-Fraktion (Drucksache 18/1982)

10. Oktober 2014

Sehr geehrte Frau Ostmeier,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Innen- und Rechtsausschuss des Landtages von Schleswig-Holstein hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) mit Schreiben vom 01. September 2014 zu einer Stellungnahme zum Antrag „Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenwirken“ der CDU-Fraktion (Drucksache 18/1982) aufgefordert. Dieser Aufforderung kommt der DGB hiermit gerne nach.

Der DGB engagiert sich in Schleswig-Holstein seit langem kontinuierlich gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie für Demokratie, Toleranz und Mitbestimmung. Der DGB, seine Gewerkschaften, die DGB-Jugend und die dem DGB nahestehenden Bildungsträger beteiligen sich hierfür an regionalen und überregionalen Bündnissen, führen Angebote der politischen Bildungsarbeit durch und werben in Betrieben, Dienststellen, Berufsschulen und Universitäten für demokratische Mitbestimmung. Der DGB ist aktiver Teil des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein.

Olaf Schwede
Grundsatzfragen

olaf.schwede@dgb.de

Telefon: 040-2858-236

Telefax: 040-2858-230

OS

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

nord.dgb.de

Zur Gesamtbewertung des Antrages

Der DGB bewertet den vorliegenden Antrag der CDU kritisch. Der zur Begründung herangezogene Verfassungsschutzbericht 2013 für Schleswig-Holstein (Drucksache 18/1810) lässt die von der CDU-Fraktion dargestellten Notwendigkeiten nicht erkennen.

Der DGB plädiert stattdessen ausdrücklich dafür, die bestehenden Aktivitäten gegen Rechtsextremismus konsequent fortzusetzen und die Förderung politischer Bildung für Demokratie und Mitbestimmung zu intensivieren. Den Schwerpunkt sollte hierbei die Förderung von zivilgesellschaftlicher Initiativen und Akteuren für Demokratie und Mitbestimmung bilden. Ausdrücklich fordert der DGB deshalb die Einrichtung eines „Sonderfonds politische Jugendbildungsarbeit“ zur Unterstützung der Arbeit der Jugendverbände und eine Kofinanzierung der kommunalen Projekte gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Hierfür wären zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen.

Zum Verfassungsschutzbericht 2013

Mit Erstaunen nimmt der DGB zur Kenntnis, dass zur Begründung des Antrages der CDU der aktuelle Verfassungsschutzbericht für das Land Schleswig-Holstein herangezogen wird.

Im Bereich des Rechtsextremismus geht der Verfassungsschutzbericht von weiterhin konstant 1.200 Personen aus, die zwar weniger Aktivitäten entfalten und unter Mobilisierungsproblemen leiden, aber nach wie vor auf einem hohen Niveau rechtsextremistisch motivierte Straftaten durchführen (545 in 2013, davon 26 Gewalttaten). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten gestiegen.

Für den Bereich der linksextremistischen Szene geht der Verfassungsschutz hingegen von einer sinkenden Personenanzahl aus. Mit ca. 690 Personen wird dieser Bereich auch als deutlich kleiner als der rechtsextreme Bereich eingeschätzt. Die Anzahl der linksextremistisch motivierten Straftaten ist zwar im Vorjahresvergleich geringfügig gestiegen, die Anzahl der Gewalttaten jedoch seit Jahren kontinuierlich gesunken. So wurden 2009 insgesamt 67 linksextremistisch motivierte Gewalttaten gezählt. In 2013 waren es noch 22 Gewalttaten. Ein akuter Handlungsbedarf für ein aus Landesmitteln finanziertes Präventionsprogramm gegen Linksextremismus lässt sich aus diesen Zahlen nicht ableiten.

Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass der Bekämpfung des Rechtsextremismus durch das Land weiterhin absoluter Vorrang einzuräumen ist. Dies gilt umso mehr als dass rechtsradikale Ansichten in der Bevölkerung deutlich stärker verbreitet sind, als es die Zahl der 1.200 organisierten Rechtsextremisten vermuten lässt.

Für eine starke demokratische Zivilgesellschaft

Der beste Schutz vor den von der CDU aufgezeigten „Radikalisierungstendenzen“ bietet eine aktive demokratische Zivilgesellschaft, die Räume zur Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes in Gesellschaft und Arbeitswelt bietet. Der Mitbestimmung in Schulen, Berufsschulen, Universitäten, Betrieben und Dienststellen kommt damit eine besondere Bedeutung zu. Sie sind mit Maßnahmen und Angeboten der politischen Bildungsarbeit durch Verbände, Vereine und ihnen nahestehende Träger zu begleiten. Eine zentrale Rolle besitzt hierbei die politische Jugendbildungsarbeit.

Prävention gegen „Radikalisierungstendenzen“ sollte deswegen aus Sicht des DGB auf der Basis zivilgesellschaftlicher Organisationen und deren Engagement betrieben werden. Wesentlich ist es, die für eine demokratische Gesellschaft eintretenden Akteure zu stärken und zu fördern. Hierauf sollten auch Maßnahmen und Aktivitäten des Landes abzielen.

Vor diesem Hintergrund sind die von der CDU geforderten Ansätze zur „Aufdeckung und Bekämpfung der Bildung extremistischer Strukturen in allen Bereichen“ und „die konsequente strafrechtliche Verfolgung von politisch motivierten Straftaten aus allen Bereichen des Extremismus“ im Kontext von Prävention mit einem Fragezeichen zu versehen. Sie verfolgen eher den Ansatz einer „Intervention von außen“ bzw. sind klar polizeilichem Handeln im Bereich der Strafverfolgung zuzuordnen. Die konsequente Verfolgung von Straftaten sollte nicht Bestandteil eines Präventionsprogrammes sein.

Für einen Sonderfonds für die außerschulische politische Jugendbildungsarbeit

Der Förderung von Demokratie und Mitbestimmung muss aus Sicht des DGB ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden. Hier hat auch das Land Schleswig-Holstein teilweise noch Nachholbedarfe. Dies gilt insbesondere im Bereich der öffentlichen Förderung der selbstorganisierten Jugendverbandsarbeit.

Nach dem Kinder- und Jugendhilferecht (§§ 11 und 12 SGB VIII) sind die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen in Jugendverbänden und die Arbeit der Jugendverbände mit Kindern und Jugendlichen zu fördern. Ein wichtiges Feld ist dabei die außerschulische politische Jugendbildungsarbeit der Verbände. Die massiven Kürzungen vergangener Regierungen im Bereich der Jugendverbandsförderung haben die Arbeit in diesem Feld jedoch fast zum Erliegen gebracht.

Der DGB fordert die Landtagsfraktionen deshalb auf, einen Sonderfonds für die außerschulische politische Jugendbildungsarbeit der Jugendverbände aufzulegen. Mit einem solchen Sonderfonds könnten gezielt Mitbestimmung und Partizipation junger Menschen sowie Aktivitäten gegen Rechtsextremismus gefördert werden.

Zur Kofinanzierung kommunaler Projekte gegen Rechtsextremismus

Der DGB begrüßt den Aufbau einer landesweiten Beratungsstruktur, die alle Regionen Schleswig-Holsteins mobil erreicht und zudem Ausstiegsmöglichkeiten für Menschen aus der Neonaziszene bietet. Die finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement muss unbürokratisch und entlang der Notwendigkeiten erfolgen. Durch die neue Politik der Bundesregierung ergeben sich hier mehr Möglichkeiten in den Kommunen. Für Städte allerdings, die im Rahmen der Konsolidierungshilfe des Landes strenge Haushaltsauflagen einhalten müssen, ist die geforderte Kofinanzierung von Projekten faktisch unmöglich. Dies aber würde gerade dort, wo es häufiger soziale Brennpunkte und besondere Notwendigkeiten in der Demokratiewerkarbeit gibt, die Vorhaben deutlich einschränken. Daher sollte der Landtag prüfen, ob hier eine Befreiung der Konsolidierungskommunen von der Kofinanzierungspflicht bei einer Förderung aus Bundesmitteln möglich ist.

Der DGB bittet um die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads 'Olaf Schwede'. The script is cursive and somewhat stylized.

Olaf Schwede